



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 19.02.2008

AN/0346/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.03.2008

Abschaffung der "Knöllchenquote" in Köln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 4. März 2008 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, sicherzustellen, daß den städtischen Verkehrsüberwachern keine „Knöllchenquote“ vorgegeben wird, sowie im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei auf die Kölner Polizei einzuwirken mit dem Ziel, die dort ausgegebenen „Orientierungshilfen“ für zu ahnende Verkehrsverstöße abzuschaffen.

Begründung:

Wie aus verschiedenen Presseveröffentlichungen hervorgeht, hat die Kölner Polizei ihren Beamten eine sogenannte „Knöllchenquote“ vorgegeben. Die Polizisten sollen innerhalb eines bestimmten Zeitraums jeweils eine Mindestquote von Verkehrsdelikten aus unterschiedlichen Kategorien – Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit, Mißachtung der Gurtpflicht, Verwendung des Mobiltelefons während der Fahrt ohne Freisprechanlage, usw. - mit Bußgeldern belegen. In zahlreichen anderen Städten und Kreisen gibt es solche Quoten nicht.

Eine „Knöllchenquote“ erweckt beim Bürger den Eindruck, daß die Ahnung von Verkehrsverstößen nicht schwerpunktmäßig der Regulierung des Verkehrs dient, sondern der Aufbesserung der Staatskasse. Polizisten und Mitarbeiter der Ordnungsbehörde wirken wie moderne Raubritter, soweit ihnen auferlegt wird, bei der Ahnung von Verkehrsverstößen ein Plansoll zu erfüllen. Zudem schränken statische Mindest-Vorgaben in bestimmten Delikts-Kategorien den Ermessensspielraum der eingesetzten Beamten ein. Und sie lassen Informationen in die falsche Richtung fließen: Nicht die Polizeiführung weiß, wie viele (tatsächlich gefährliche) Mißachtungen der Höchstgeschwindigkeit durch PKW-Fahrer im Kölner Stadtgebiet beispielsweise in den nächsten drei Monaten vorkommen werden,

vielmehr müssen die auf der Straße am Bürger eingesetzten Kräfte umgekehrt die Entwicklung der Zahl solcher Delikte feststellen und sie ohne Scheuklappen durch entsprechende Vorgaben ungeschminkt nach oben kommunizieren, damit dort ein sachgerechtes und nicht an finanziellen Interessen der öffentlichen Hand orientiertes Bild von der Verkehrsentwicklung entsteht. Nur so läßt sich tatsächlich mehr Sicherheit schaffen.

In Köln soll es den einschlägigen, rufschädigenden Mißbrauch der Ordnungskräfte als Geldbeschaffer der politischen Obrigkeit in Zukunft nicht mehr geben!

gez. Rouhs